

# Große Ziele sind keine Garantie, sie zu erreichen

**NECKARSULM** *VDA-Präsidentin Müller spricht in der Ballei über die Rolle der EU in der Transformation*

Von unserem Redakteur  
Christian Gleichauf

**D**ie Präsidentin des Automobilindustrie-Branchenverbands VDA, Hildegard Müller, nutzt die Sommerpause. Es geht um den Green Deal der EU, um Chipkrise, Transformation und die Abhängigkeit von China. Wenige Wochen vor Beginn der Branchenmesse IAA will sie die Themen setzen, die endlich auch die Politik erreichen sollen. So auch gestern in Neckarsulm.

Den Klimawandel und die Notwendigkeit, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren, das alles gilt es nicht zu leugnen. Natürlich brauche es auch einen neuen Mobilitätsmix, sagt Hildegard Müller. Doch individuelle

Mobilität – sprich das Auto – dürfe nicht verboten werden. Denn Mobilität bedeutet auch Teilhabe für Menschen im ländlichen Raum. „Manchmal wird da Politik aus der Sicht des Prenzlauer Berges gemacht“, so die VDA-Präsidentin.

**Kleine Runde** Auf Einladung des CDU-Bundestagsabgeordneten Alexander Throm ist Müller in die Ballei gekommen, um mit Branchenvertretern aus der Region ins Gespräch zu kommen. Wenige waren der Einladung in der zweiten Ferienwoche gefolgt. Ihre Botschaften wurde Müller trotzdem los.

Etwa diese: Große Ziele seien richtig, sagt Müller. Aber gerade in Brüssel werde zu wenig über den Weg dorthin gesprochen. Man setze bei der EU zwar eindeutig auf E-Mobilität bei Pkw, doch das werde nicht genügen, um die Klimaneutralität zu erreichen – nicht nur, weil man gleichzeitig viel mehr erneuerbare Energien benötigen wird, um diese E-Autos auch CO<sub>2</sub>-neutral fahren zu können. In Deutschland sind zudem 46 Millionen Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor unterwegs.

„Selbst wenn wir jetzt in den nächsten zehn Jahren 10 bis 14 Elektrofahrzeuge auf den Markt bringen, dann haben wir immer noch 30 Millionen Verbrenner.“ Diese, so Müller, könnten mit synthetischen Kraftstoffen umwelt-

„Manchmal wird da Politik aus der Sicht des Prenzlauer Berges gemacht.“

Hildegard Müller

freundlich betrieben werden. Was die Nutzfahrzeuge angeht, so gebe es noch gar keine klaren Vorstellungen, ob Brennstoffzelle oder Batterie hier zum Einsatz kommen sollen.

800 000 direkt in der Automobilindustrie Beschäftigte gebe es in Deutschland, 2,4 Millionen hängen insgesamt am Automobil. „Und eine sechsstellige Zahl an Arbeitsplätzen wird von der Transformation betroffen sein“, prophezeit Müller. Der EU müsse klar sein, dass Industriearbeitsplätze in Europa nicht selbstverständlich sind.

In der anschließenden Diskussion warnte auch Marcel Stadtmüller,



Hildegard Müller mit drei Vertretern, die in der Region im Bündnis für Transformation aktiv sind: Rudolf Luz (IG Metall, v.l.), Jörg Ernstberger (Südwestmetall) und der Neckarsulmer Oberbürgermeister Steffen Hertwig. Foto: Ralf Seidel

Geschäftsführer des Autohauses Assenheimer + Mulfinger, vor dem sozialen Sprengstoff, der in dem Thema liege. Anerkennend nahm Müller zur Kenntnis, dass es in der Region Heilbronn ein Bündnis für Transformation gibt, das seit 2019 versucht, den betroffenen Unternehmen beratend zur Seite zu stehen. Der Neckarsulmer OB Steffen Hertwig, Südwestmetall-Regionalchef Jörg Ernstberger und IG-Metall-Vertreter Rudolf Luz, die die Initiative vorantreiben, durften sich in ihrem Engagement bestätigt fühlen.

Ein weiteres Anliegen ist Müller, die Abhängigkeit von China zu reduzieren. Nicht erst die Halbleiterengpässe hätten gezeigt, dass Europa

genauer hinschauen muss, wo Globalisierung richtig ist und wo sie in Abhängigkeiten führe, die es zu vermeiden gilt. Wenn sie sich derzeit bemühe, mit Unternehmen zum Thema Halbleiterproduktion in Deutschland ins Gespräch zu kommen, sei das übrigens aus kartellrechtlichen Gründen nur noch im Beisein eines Juristen möglich. „Ich darf da Einzelgespräche führen, aber nicht die Betroffenen gemeinsam in einen Raum setzen“, sagt Müller. Es sei auch notwendig, über ein modernes Kartellrecht in Deutschland nachzudenken. Die Chance, ihre Anliegen loszuwerden, hat sie nächste Woche bei einem Gespräch im Kanzleramt.

## Diskussion

**Hildegard Müller** (54) war als CDU-Politikerin von 2005 bis 2008 Staatsministerin im Bundeskanzleramt. Anschließend wechselte sie zum Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), 2016 dann zu RWE. Seit Anfang 2020 steht sie als Präsidentin an der Spitze des Verbands der Automobilindustrie (VDA). Der Heilbronner CDU-Bundestagsabgeordnete **Alexander Throm** lud Deutschlands oberste Auto-Lobbyistin zur Diskussion mit Vertretern der Automobil- und Zulieferindustrie in die Neckarsulmer Ballei ein. cgl